

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Partizipation der Migrantinnen und Migranten in den Quartieren

Quartiermitwirkung hat zum Zweck, die Lebensqualität in den Quartieren zu verbessern, die Verbundenheit mit dem Wohnort sowie Sorgfalt bei der Benützung der Infrastruktur des Wohnumfeldes zu fördern. Sie unterstützt die soziale Integration der Quartierbevölkerung. Gleichzeitig ist sie wichtiger „Transmissionsriemen“ zur städtischen Verwaltung, den politischen Behörden und den Quartierorganisationen.

Um die Mitwirkung der Gesamtheit der Bevölkerung eines Stadtteiles zu garantieren, ist die Integration der Migrationsbevölkerung in die Quartiermitwirkung wichtig. Diese geschieht nicht von selbst ohne entsprechende Unterstützung und Öffnung seitens der Organisationen der Quartiermitwirkung. Für die Quartiermitwirkung von MigrantInnen können die Erfahrungen mit der Mitwirkung von Kindern in Quartieren genutzt werden. Vielleicht ist zu überlegen, ob sie nicht auch in ähnlicher Weise verankert werden soll.

MigrantInnen wurden jahrzehntelang von der Mitwirkung, insbesondere von der politischen Mitwirkung, ferngehalten. Sie müssen daher zuerst Vertrauen fassen in die Ernsthaftigkeit der Mitwirkungsanstrengungen, sie müssen aber auch die Mitwirkungsgefässe kennen lernen. Bis die Partizipation wie selbstverständlich funktioniert, braucht es daher niedrigschwellige Einführungsmaßnahmen. Dabei können die guten Erfahrungen im Westen Berns (QBB) genutzt werden (siehe unter www.miau-q.ch), um die Quartiermitwirkung in allen Stadtteilen einen wichtigen Schritt voran zu bringen. So kann die aktive Teilnahme der MigrantInnen am öffentlichen Leben gefördert und gestärkt werden.

Der Gemeinderat wird beauftragt, folgende Aktivitäten und Massnahmen zu prüfen:

1. Partizipationsprojekte für MigrantInnen in sämtlichen Stadtteilen über die Quartiermitwirkungsorgane anregen und ev. initiieren. Dafür sollen auch minimal notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.
2. Eine Informationsplattform aufbauen, die Auskunft gibt über alle laufenden Quartier- und Partizipationsprojekte.
3. Entsprechende Unterstützungs- und Ausbildungsmodule für Vorstände der Quartiermitwirkung anbieten.
4. Das nächste Forum der Migrantinnen und Migranten benützen, um konkrete Ideen für die Partizipation der Migrationsbevölkerung in den Quartieren zu generieren.

Bern, 3. März 2005

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP), Beni Hirt, Sarah Kämpf, Gisela Vollmer, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Corinne Mathieu, Margrit Stucki-Mäder, Rolf Schuler, Andreas Zysset, Andreas Flückiger, Christof Berger, Beet Zobrist, Thomas Göttin, Michael Aebersold, Margrith Beyeler-Graf, Raymond Anliker, Stefan Jordi

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat unterstützt die Anliegen des Postulats. Die möglichst breite Partizipation der Bevölkerung in den Quartieren, in Kommissionen oder an der Urne ist für den Gemeinderat

ein Grundpfeiler des Gemeinwesens. Sie dient der laufenden Legitimierung und Überprüfung des politischen Handelns und garantiert den engen Bezug zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Handeln von Stadtregierung und -verwaltung. Der Partizipation der ausländischen Wohnbevölkerung sind allerdings durch die Gesetzgebung von Bund und Kanton Grenzen gesetzt.

Dies ist mit ein Grund, warum der Gemeinderat bereits in seiner Legislaturplanung 2001 – 2004 die Mitwirkung der Migrationsbevölkerung in städtischen Belangen zu einem Schwerpunktthema gemacht hat. Es wurden, wie dem Legislaturbericht 2001 – 2004 zu entnehmen ist, diverse Anstrengungen unternommen und entsprechende Projekte unterstützt, um die Mitwirkung einzuführen oder zu stärken. Auch der Lebensqualitätsbericht 2003 hält ausdrücklich fest, dass die Möglichkeit, im alltäglichen Lebensumfeld mitwirken und etwas verändern zu können, massgeblich zur Steigerung der persönlichen Lebensqualität beiträgt. Neben dem Forum der Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern wurden in der vergangenen Legislatur diverse Quartierprojekte durchgeführt, die auch schwieriger erreichbare Bevölkerungsgruppen ansprachen. Zudem wurde aus Mitteln der Lokalen Agenda 21 im Berner Westen das Projekt Mitwirkung Ausländerinnen und Ausländer im Quartier (MiAu-Q) (www.miau-q.ch) unterstützt.

Weil aber nach wie vor ein grosser Handlungsbedarf besteht, hat sich der Gemeinderat für die Legislatur 2005 – 2008 zum Ziel gesetzt (Ziel 1.9), neue Formen der Zusammenarbeit und Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten einschliesslich der ausländischen Wohnbevölkerung zu erproben und zu etablieren. Seit 1. Mai 2005 ist der neue Artikel 3bis der Kommissionsverordnung (KoV; SSSB 152.211) in Kraft: „Eine angemessene Vertretung von Migrantinnen und Migranten in den Kommissionen wird angestrebt.“ Daneben sind aber, wie das Postulat richtig feststellt, auch niedrigschwellige Massnahmen gefragt, die zur Mitwirkung einladen und durch deren Umsetzung erfahren werden kann, dass Mitwirkung nützt.

Zu den einzelnen Forderungen:

1. Es ist geplant, die Erfahrungen des Projekts MiAu-Q im Jahr 2005 abzuwarten und zu evaluieren. Auf dieser Grundlage können Schlüsse gezogen werden, welche niedrigschwelligen Einführungsschritte sich bewähren und auf andere Quartiere und Quartiermitwirkungsorgane übertragen werden können. Auf dieser Grundlage kann ein allfälliger Finanzbedarf beziffert werden.
2. Gemäss Legislaturrichtlinien 2005-2008 ist der Aufbau einer Informationsplattform vorgesehen. Diese soll entweder an einem stark frequentierten Alltagstreffpunkt oder in mobiler Form eingeführt bzw. aufsuchend gestaltet werden und auch partizipative Elemente enthalten. In elektronischer Form steht schon heute die Webseite der Koordinationsstelle für Integration als einschlägige Informationsdrehscheibe zur Verfügung, die laufend aktualisiert und mit entsprechenden Informationen ergänzt wird.
3. Ob die geschilderten Massnahmen, wie es das Postulat fordert, durch Unterstützungs- und Ausbildungsmodulen für Vorstände der Quartiermitwirkung zu ergänzen sind, lässt sich im Moment noch nicht abschätzen. Sofern die Zwischenevaluation des Projekts MiAu-Q einen entsprechenden Bedarf ausweist, können entsprechende Schritte eingeleitet werden.
4. Das Forum 2005 der Migrantinnen und Migranten ist ausschliesslich der Partizipation der Migrationsbevölkerung gewidmet; die dort gesammelten Ideen werden – wie bei den früheren Foren auch – in einem Massnahmenplan konkretisiert und umgesetzt.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 17. August 2005

Der Gemeinderat